

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Post- und Verlagsplacate kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsplacate werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Sandmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 33-42. Telefon-Nr. 99 n. 99. Telegr.-Nr.: Mittelrand Bochum.

Auf euch, Proleten, blüht die Welt!

(Zur Wahl der Nationalversammlung.)

Man fragte nicht nach eurer Meinung,
 Man hörte nicht auf euer Wort!
 Der Geist der Willkür und Verneinung,
 Trieb euch brutal zum Menschenmord.
 Da ward genug! Da riß der Schleier!
 Vom Norden kamen die Befreier...
 Ein Blitz — ein Krach — ein Trümmersfeld —
 Auf euch, Proleten, sah die Welt!

Jetzt ruht die Macht in euren Händen,
 Gebraucht sie recht, mißbraucht sie nicht!
 Am Wahltag müßt ihr sie vollenden,
 Der Wahltag ist das Volksgericht!
 Der Zettel soll das Urteil sprechen
 Und strafend die Verbrechen rächen,
 Ob auch die Meute wütend bellt. —
 Auf euch, Proleten, blüht die Welt!

Zum Sammeln blasen die Trompeten!
 Die Freiheit ruft zur Geisteschlacht!
 Geeint müßt ihr zur Urne treten —
 Die Urne ist das Maß der Macht!
 Die Macht kann niemand euch entwenden
 Und euch die Hände rücklings binden,
 Wenn ihr vereint zusammenhält. —
 Auf euch, Proleten, blüht die Welt!

D werdet dem gequälten Volke
 Ein Cherub mit dem Flammenschwert —
 Ein Blitz, der aus der finstern Wolke
 Die Nacht erleuchtend niederfährt!
 Ihr seid die Kraft im Weltgetriebe,
 Die durch die Kraft der Weltliebe
 Die Menschheit auf die Füße stellt! —
 Auf euch, Proleten, blüht die Welt!

Schran, ihr Männer und ihr Frauen!
 Beweist, daß ihr die Ordnung seid!
 Nicht zu zerfahren — nein, zu bauen
 Seid alle allezeit bereit!
 Dann wird das Volk nach vielen Wehen
 Zu neuem Leben auferstehen,
 Aus dem die Luft der Schöpfung quillt. —
 Auf euch, Proleten, blüht die Welt!

Viktor Kelnowski.

Aufmarsch der Parteien!

Je näher die Wahlen heranrücken, um so lärmender werden auch die Arbeiterwähler von den arbeitserfindlichen Parteien umworben. Es ist die alte Erscheinung: vor den Wahlen Sand geschüttelt, nach den Wahlen angeblüht! Das hat sich aber schon so oft wiederholt, daß es keinen Erfolg mehr verspricht. So haben denn alle arbeitserfindlichen Parteien diesmal ihr altes Firmenschild geändert, damit aber natürlich nicht ihren Charakter.

Deutsche nationale Volkspartei nennen sich jetzt die früheren Konfervativen. Es ist die Partei der adeligen und sonstigen Junker und der Militärs. Unter ihren Führern befinden sich v. Seydebrand, v. Oldenburg-Januschau, Graf Westarp, Graf Reventlow, Tirpis und ähnliche alldemokratische Kriegstreiber und Weltverschlinger, die ihre Heldentaten mit dem Wunde vollbrachten, sich selbst aber weit vom Schuß hielten. Diese Partei ist natürlich geschworene Feindin des gleichen Wahlrechts sowie aller Volksrechte. Trotzdem bewirbt sie sich um Arbeiterstimmen.

Deutsche Volkspartei nennen sich jetzt die früheren Nationalliberalen. Das ist die Partei der schwerindustriellen Werksbesitzer. Unter ihren Führern befinden sich Dr. Stresemann, Dr. Bäumer, sowie die Reichsdirektoren Althoff und Anpau, die besonders als Gegner des gleichen Wahlrechts und aller Arbeiterforderungen hervortreten. Alldemokratische Kriegstreiber, Gewaltpolitiker, Kriegsgewinnler und Weltverschlinger sehen in dieser Partei eine geeignete Vertretung ihrer Interessen. Für Arbeiter- und Volksrechte ist da kein Raum. Trotzdem bewirbt sie sich auch diese Partei um Arbeiterstimmen.

Christlich-demokratische Volkspartei nennt sich jetzt das frühere Zentrum. Früher sprachen seine Führer mit Stolz von dem konservativen Charakter dieser Partei. In ihren Reihen befinden sich Krant- und Schlottkunter in großer Zahl, die selbstverständlich heftige Gegner aller Volksrechte, besonders aber des gleichen Wahlrechts sind und dieses auch immer ablehnten. Das Zentrum hat die Volksmassen noch stets hintergangen. Dreimal hat es das gleiche Wahlrecht abgelehnt. In seinen Reihen befinden sich alldemokratische Gewaltpolitiker und Weltverschlinger, Kriegsgewinnler, Schieber, Wucherer usw. Trotzdem bewirbt sie sich auch das Zentrum um Arbeiterstimmen.

Deutsche demokratische Partei nennen sich die früheren Freisinnigen und Fortschrittler. Darunter befinden sich ebenfalls viele unsichere Kantonskisten, alldemokratische Eroberungspolitiker, Vertreter des Handelskapitals, der Hausagrarier, Kriegsgewinnler usw. Wirkliche Arbeitervertreter sind in dieser Partei mit der Laterne zu suchen. Trotzdem bewirbt sie sich ebenfalls um Arbeiterstimmen.

Sozialdemokratische Partei. Das ist die einzige Partei, die immer ehrlich und offen für die Arbeiter- und Volksinteressen gekämpft hat, und die darum ihr altes, ehrliches Firmenschild nicht zu ändern brauchte. Alle anderen Parteien haben ihr Firmenschild geändert, sie täuschen damit die Arbeiterwähler, weil sie arbeitserfindliche Taten nicht ausführen können. Die sozialdemokratische Partei kann ihr altes, ehrliches Firmenschild weiter mit Stolz tragen; sie braucht nicht zu täuschen, weil sie sich stets reiflich für die Arbeiter- und Volksinteressen eingesetzt hat. Sie ist darum auch moralisch berechtigt, um Arbeiterstimmen zu werben.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Am Wahltag gilt es, Gericht zu halten über alle verkappten und offenen Arbeiter- und Volksfeinde. Den Gewaltpolitikern, Kriegstreibern, Kriegsgewinnlern, Schiebern, Wucherern usw. muß das Handwerk endgültig gelegt werden. Es gilt, alle Erwerbseigenschaften der Revolution zu sichern und weiter auszubauen. Die Grundlage muß geschaffen werden, die uns dauernd Frieden, Arbeit und Brot sichert. Auf uns blüht und hofft die arbeitende Welt! Vorwärts darum zu Kampf und Sieg!

War die Revolution nötig?

Diese Frage beantwortet die erste „Revolutionstriftschrift“ der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner Berlin-Eberfeld, die dem Gesamtartikler der christlich-nationalen Arbeiterpartei angegeschlossen ist, einleitend wie folgt:

War die Revolution nötig?
 Ja, sie war nötig und unausweichlich.
 Unser öffentliches Leben war in den Händen einer kleinen erblichen Klasse. Um ihre Macht zu stützen, wachte diese Klasse, so gut sie konnte, jedem den Eintritt, hinderte jede freiheitliche Bewegung im Volke, machte sich die geistigen Mächte und die Erziehungsfaktoren dienstbar, verbündete sich mit der Geldmacht und führte eine geheime Politik des Wachstums, des Unruhmotens und des Militarismus, die zur Entschädigung des Verlegtes beitrug, wenn auch nicht formal verschuldete, und seinen Verlust besiegelte.

Im Jahre ist jedem Soldaten der Begriff des Klassenkampfes in vierjährigem Dienst zum Bewußtsein gekommen.
 Unter wirtschaftlichen Leben war in den Händen des Kapitalismus. Eine kleine Anzahl von Menschen verfügte über die Kapitalmacht des Landes, über Entschieden und Vergehen von Unternehmungen, über den Aufstieg zu höheren Stellen.

Die Produktion war in den Händen von Syndikaten, denen es weniger darauf ankam, das wirtschaftlich gearbeitet wurde, als daß im Zustand hohe, im Ausland niedrige Preise gestellt wurden, und daß jeder Besitzer eines Werkes, gleichviel, ob es wirtschaftlich gesund war oder nicht, seine Rente empfing.

Die Vermögen waren in den Händen von wenigen. Jede noch so hohe Erbschaft wurde vom Staate geschloß. Fideikommiss besitzigen den landwirtschaftlichen Großgrundbesitz. Jeder, der ein großes Vermögen ererbte oder ererbte hatte, konnte mit den Seinen ein Jahrhundert lang müßiggang. In der Verwaltung der Arbeitzeit und des Lohnes herrschte die Uebermacht des Unternehmers. Erziehung und Heimstättenwesen waren nicht, wie sie sein sollten.

Die Revolution hat den ersten Ring gesprengt. Der Militarismus ist zerbrochen; die alte Weltwirtschaftsordnung ist im Wanken; der Entwicklung ist freie Bahn gegeben.

So urteilen jetzt christlich-nationale Arbeiter, die früher mit aller Kraft die alten Verhältnisse stützten. Die Wucht der Tatsachen hat auch ihnen endlich die Augen geöffnet. Die sie bisher kramphast geschlossen hielten. Wäre die Erkenntnis früher gekommen, viel Unheil hätte uns erspart werden können. Nun ist es reichlich spät — zu spät!

Wer sehen wollte, mußte die ganze Fäulnis und Gemein-schädlichkeit des zusammengebrochenen Systems längst erkennen. Eine dünne, zum größten Teil jähmardende Oberschicht hatte alle Macht und Mittel des Staates in Händen und machte sich dieselben mit einer geradezu verblüffenden Unbekümmertheit auf Kosten der Gesamtheit dienstbar. Alles war auf Gewalt, Heuchelei, Lug und Trug eingestellt.

Jede freie Entwicklung war folglich unterbunden. Nicht der Satz galt: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“, sondern der Satz: „Freie Bahn dem „Bestimmungstüchtigen!“ Aufrechte, ehrliche Ueberzeugung war geächtet. Wer im Leben irgendwie vordrängkommen wollte, mußte „bestimmungstüchtig“ sein. Da wurde nachgeprüft, ob selbst die Ubergroßmutter blanc, schwarze oder rote Ehren hatte. Danach wurde entschieden.

Das führte zur Bestimmungstüchtigkeit und Bestimmungsumpererei. Die bestmögliche Fäulnis und Sittenerwilderung, die wir besonders während der Kriegszeit beobachten konnten, sind planmäßig mit allen Mitteln, auch mit denen des Staates, großgezogen worden. Die Revolution hat da wie ein luftreinigendes Gewitter gewirkt und allen Müll und Unrat weggefegt.

Die Errungenschaften der Revolution gilt es nun bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung dauernd zu sichern. Alle Männer, Frauen und Töchter des arbeitenden Volkes müssen hierbei ihre Stimme erheben gegen alle verkappten und offenen Arbeiter- und Volksfeinde, für Frieden, Freiheit, Arbeit und Brot.

Vereinbarungen mit dem Zechenverband.

Die am 6. Januar 1919 zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Zechenverband geführten Verhandlungen hatten folgendes Ergebnis:

1. Monatlich ist vor der Auszahlung der Löhne der auf der Zeche erzielte Durchschnittslöhnerlohn des vergangenen Monats öffentlich anzuschlagen, damit jeder Arbeiter weiß, wie hoch sich auf der Zeche der Mindestlohn stellt.
2. Im einzelnen Beschäftigtenfall, der durch Benehmen mit den Betriebsbeamten nicht geklärt werden kann, wird dem Arbeiterausschuß Einblick in die Berechnung des Lohnes gegeben werden.
3. Zweck der Regelung der Arbeitsverhältnisse wird eine Schlichtungsorganisation im Anschluß an die Satzungen der Arbeitsgemeinschaft unter der Voraussetzung vorgezogen, daß eine auf gesetzlicher Grundlage beruhende Organisationsform nicht durchkreuzt. Die Fassung dieser Vereinbarungen wird im Zechenverband ausgearbeitet und den Bergarbeiterverbänden zur Prüfung vorgelegt werden.
4. Das Strafwesen soll dahingehend reformiert werden, daß bei Strafen von über 20 Mk. im Einzelfalle der Arbeiterausschuß oder mehrere dafür bestimmte Mitglieder des Arbeiterausschusses angerufen werden können.
5. Die Vertreter des Zechenverbandes stellen den Bergarbeiterverbänden anheim, einen Beamten aus den vier größeren mit mehreren Beamten besetzten Nachweiskassen in Dortmund, Essen, Bochum und Gelsenkirchen zu entsenden, erklärten sich mit dem Wegfall der Meldepflicht derjenigen Arbeiter einverstanden, die unmittelbar bei der Zeche Arbeit angenommen haben, und schlugen vor, als oberste Verwaltungs- und Beschwerdestelle des Arbeitsnachweises den Vorstand der Untergruppe einzusetzen, der nach den Satzungen der Arbeitsgemeinschaft zu bestellen ist. Hiermit erklärten sich die Vertreter der Bergarbeiterverbände einverstanden.
6. Es wird allen Zechen empfohlen werden, die jeweiligen Abmachungen zwischen Zechenverband und Arbeiterverbänden auf allen Sachanlagen anzuschlagen.

Ueber die schon am 13. Dezember 1918 von den Bergarbeiterverbänden erhobene Forderung auf Gewährung einer Feuerungszulage und über die Rückzahlung der Kontraktstrafe konnte keine Einigung erzielt werden. Zur Gewährung der Feuerungszulage erklärten sich die Zechenvertreter außerstande, bezüglich der Kontraktstrafe sei keine Kontrolle mehr möglich. Da der Unterstaatssekretär Johann Giesberts in der Weimarer Verhandlung über die Verlegung der Streikbewegung auf den Zechen Deutscher Kaiser, Westfale usw. er-

klärt hatte, daß eventuell aus Staatsmitteln den Bergarbeiterforderungen Rechnung getragen werden müsse, wurde beschlossen, diesbezüglich an die Regierung heranzutreten.

Feuerungszulage für die Bergarbeiter bewilligt.

Am 9. Januar 1919 fanden zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Zechenverband in Essen erneute Verhandlungen statt, in denen folgendes vereinbart wurde:

- Zwischen dem Zechenverband und den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen ist unter der Voraussetzung, daß
1. reichs- oder staatsseitig dem Zechenverband vorzuschüttele am 1. und 15. Februar ein Betrag von 15 000 000 Mk. zur Verfügung gestellt wird, der in den Monaten März, April und Mai mit je einem Drittel zurückzuzahlen ist;
 2. die jetzt gültigen Kohlen-, Holz- und Breittreibe in den vorgenannten Monaten nicht durch staatliche Eingriffe herabgesetzt werden;

folgende Vereinbarung getroffen worden:

- Auf den Zechen, auf denen den Belegschaften nicht im Dezember oder Januar eine außerordentliche Zulage unter irgendeinem Namen — Weihnachtsgeld, Streikentschädigung, Unterstützung, Feuerungszulage usw. — gezahlt ist, wie auf den Zechen Salzer-Kuad, Deutscher Kaiser, Westfale, Neumühl, Konloradio, Aladen und den Zechen der Gutehoffnungshütte; und der Arenbergischen Aktiengesellschaft, sollen an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die mindestens seit dem 1. Dezember 1918 zu der Belegschaft gehören, folgende Zulagen gezahlt werden:
- Für jeden verheirateten männlichen Arbeiter . . . 120 Mk.
 - Für jeden unverheirateten und am 1. Dezember 1918 über 16 Jahre alten Arbeiter und für jede Arbeiterin . . . 60
 - Für jeden Arbeiter unter 16 Jahren . . . 30
- Unverheiratete, die einzige Familiennährer sind, werden den Verheirateten gleichgestellt. Aus dem Grundsatz zurückgelehnte frühere Belegschaftsmitglieder erhalten die Zulage, auch wenn sie erst nach dem 1. Dezember 1918 wieder in die Belegschaft eingetreten sind.
- Die Zulagen werden jedoch nur an diejenigen Belegschaftsmitglieder gezahlt, die von jetzt ab bis zur Auflösung der Anwendung der Bergarbeiterunterstützung (d. h. ohne Ausnahm) fortsetzen und sich unter Abnahme von sonstigen Forderungen rückhaltlos auf den Boden der zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmer-Organisationen getroffenen Vereinbarungen stellen.

Die Auszahlung der Zulage findet in zwei Raten, und zwar je zur Hälfte, gelegentlich der Abzugs- und Hauptlohnzahlung im Monat Februar statt.

Wesentlich ist zu bemerken, daß einzelne Zechen nicht in der Lage sind, den staatlichen Vorstoß zu nehmen, weil ihre finanziellen Verhältnisse ihnen die Zurückzahlung unmöglich machen. Diesen Zechen muß vorbehalten bleiben, besondere anderweitige Vereinbarungen mit ihren Belegschaften zu treffen.

Bisherige Zugeständnisse des Zechenverbandes.

Sechsmal haben die Vertreter der Bergarbeiterverbände bisher mit den Vertretern des Zechenverbandes in Essen verhandelt, und zwar am 18. Oktober 1918, am 14. und 23. November 1918, am 13. Dezember 1918 und am 6. und 9. Januar 1919. Außer den vorgenannten sind hierbei folgende Zugeständnisse gemacht worden:

1. Die Anerkennung der vier Bergarbeiterorganisationen als Arbeitervertretung.
2. Keinem Belegschaftsmitglied soll wegen seiner Organisationszugehörigkeit und gewerkschaftlichen Tätigkeit eine Schädigung im Arbeitsverhältnis entstehen.
3. Die Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt für die Untertagebelegschaft ab 18. November 1918.
4. Die Achtstundenschicht für die Ueberflugsbelegschaft ab 1. Dezember 1918; allgemeine Pausen verlängern die Schichtzeit um die Zeitdauer dieser Pausen. (Ursprünglich sollte sie erst ab 1. Januar 1919 allgemein eingeführt werden.) Ausgenommen von dieser Regelung sind nur die Hubwerks- und landwirtschaftlichen Arbeiter.
5. Als Mindestlohn für die Gebirgsarbeiter werden ab 1. Dezember 1918 der Hälfte des Durchschnittslöhnes der betreffenden Arbeiterklasse der Zeche gezahlt. Es wird dabei eine normale Leistung vorausgesetzt, über deren Festlegung nähere Verhandlungen vorbehalten sind.
6. Die gelegentlich der letzten Kohlenpreiserhöhung zugesagte Erhöhung der Durchschnittslöhne soll statt im Dezemberlohn schon im Oktoberlohn voll eintreten. (Zugesagt wurde, daß die durchschnittlichen Gehälter bis Ende 1918 weiter in derselben Weise steigen sollten, wie sie während des Jahres 1917 und des 1. Vierteljahres 1918 nach und nach gestiegen sind. Die Schichtlöhne sollten in derselben Weise Ende des Jahres um 1 Mk. pro Schicht steigen.)
7. Vom 1. Dezember 1918 ab wird das Kindergeld bei der Berechnung des Durchschnittslöhnes nicht mehr einbezogen. Der Durchschnittslöhne erhöht sich also um den Betrag des durchschnittlichen Kindergeldes.
8. Vom 1. Dezember ab tritt über den für Oktober zugesagten Durchschnittslöhne hinaus der durchschnittliche Erwerbseinkommen der Arbeiterklasse ein. (Dieses ist eine weitere Erhöhung der Gehälter unter Tage. Klasse I der unteren Schichtklasse um durchschnittlich 20 Pf. ein, vorauszusetzen.)

das nicht außergewöhnliche Verhältnisse, insbesondere Eindrungen durch

Wegenmangel, Bildung der Leistung u. dergl., eintreten:

9. Ferner tritt vom 1. Dezember ab eine Erhöhung der Schichtlöhne über und unter Tage um durchschnittlich 1 Mk. ein, ebenfalls ohne Anrechnung des Kindergebühres.

10. Ab 1. Januar 1919 wird eine weitere Lohnerhöhung gewährt, die 18 Prozent auf den Durchschnittslohn betragen soll, wie er sich nach den früheren Vereinbarungen für Dezember stellen wird. Diese Zulage wird gemacht im Vertrauen darauf, daß die Vertreter der Bergarbeiterverbände die erforderliche Preissteigerung für Kohlen, Holz und Zerkleinern mit den Gehebelbestimmern durchsetzen werden.

11. Für Ueber- und Nebenschichten an Werttagen, welche über die laufende Schichtzahl hinaus verfahren werden, wird ab 1. Dezember 1918 ein Lohnzuschlag von 25 Prozent für Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen von 50 Prozent gewährt. Als Krankheitszuschlag gelten nur die Schichten, für welche von der Knappschaftskasse Krankengeld gewährt wird, einschließlich der Feiertage. Für Ueber- und Nebenschichten, welche die Arbeiter auf eigenen Wunsch als Ersatz für ausfallende Schichten verfahren, sollen keine Lohnzuschläge gewährt werden. Als Sonntagsarbeit gilt diejenige Arbeit, die während der für die betreffende Branche geltenden zehntägigen Sonntagsruhe geleistet wird; die Ueberarbeit gilt die Zeit, die über acht Stunden hinaus beschäftigt gearbeitet wird.

12. Die Frauennarbeit wird besetzt, sobald genügend männliche Arbeitskräfte beschafft werden können.

13. Es wird allgemein freies Gewerkschaftswahlrecht gewährt.

14. Der Arbeitsnachweis des Gehebelverbandes wird gemäß den von den Berliner Zentralstellen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer getroffenen Vereinbarungen auf paritätische Grundlage gestellt werden.

15. Die zwischen einzelnen Betrieben bestehenden Sprachabkommen werden aufgehoben.

Die Vertreter der Bergarbeiterverbände haben danach herausgeholt, was irgendwie möglich war. Trotzdem schreibt die in Wilhelm (Mithr) erscheinende, vom dem Deferteur Minister geleitete sozialistische „Freiheit“ vom 4. Januar 1919 u. a.:

Bergarbeiterverbandsführer um Sache schämen über vor Mut, daß sie die Vergleiche des Ruhrgebietes anstehen, die Sadgasse, in welche sie von ersteren hineingeführt wurden, zu verlassen und über ihre berechtigten Führer hinweg selbst zu helfen. Diese Verbandsführer erklären, daß das durch Streit Erreichte nicht mehr sei als eine Bettel-suppe von Kapitals Gnaden... Die Gehebelvertreter hatten in den Unterhandlungen ja immer den Vorwand für die Arbeitervertreter zur Hand, daß die Organisationen diese Forderungen nicht billigten. Wenn die Organisationen nur gewillt gewesen wären, etwas für die Vergleiche herauszuschlagen, so hätten die Arbeitervertreter viel mehr heraus-schlagen können. Aber die Verbandsführer haben ja gar nicht das Interesse, für die Bergarbeiter direkt zu wirken, sie sind so weit aus allen sozialen und gewerkschaftlichen Pflichten heraus, daß sie es als ihre Aufgabe betrachten, die notwendigen Schlotbarone und In-dustriesticker durch ihre Organisationsabmachungen gegen einen Winder-gewinn zu verfahren. Ja, solche Sozialdemokraten und solche Gewerkschaftsführer hat sich der Gehebelverband immer gewünscht. Endlich hat er sie. Es ist zu verstehen, daß die Gehebelvertreter solche Verräter-führer anerkennen.

Mit diesen geschäftigen Ausfällen vergleicht man die ge-troffenen Vereinbarungen. Jeder Urteilsfähige wird danach ohne weiteres erkennen, daß diese Ausfälle jeder Grundlage ent-behren. Es kommt der „Freiheit“ offenbar nicht darauf an, der Wahrheit die Ehre zu geben, sondern nur die darauf, die Berg-arbeiter gegen die Verbandsführer aufzupuffen, um dabei im Trüben fischen zu können. Die Bergarbeiter sollen den sparia-fikischen Plänen dienstbar gemacht werden, das ist der Zweck der Übung.

Auf euch hofft die Welt!

Unter dieser Anrede an die deutsche Sozialdemokratie sendet der Reichstatter am Ropenbägener „Socialdemokraten“, Marius Pri-kenzen, folgende trefflichen Ausführungen, die eine Strömung wider-spiegeln, die auch im übrigen Ausland mehr und mehr Boden zu ge-winnen vermag:

Ein junger Sozialdemokrat im kleinen Dänemark erkundigt sich, seine Meinung über die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie während dieser schicksalsschweren Zeiten zum Ausdruck zu bringen. Mit welchem Recht tut er das? Er tut es in dem Bewußtsein, daß vier lange vom Paz und Schreden des Krieges erfüllte Jahre hindurch die Partei, der er angehört, und das Volk, an dem er mitarbeitet, mutig für das Recht und die Ehre der deutschen Arbeiterklasse eingetreten ist. Wir stehen uns nie von den Beschuldigungen beeinflussen, die gegen euch geschleudert wurden, wir beteiligen uns nie an dem Hass, der von allen Gegenden der Welt gegen euch gerichtet wurde. Wegen die Herrscher, die ihr jetzt gestürzt habt, waren wir von euch erfüllt. Euch aber liebten wir, wie wir euch in den goldenen Tagen des Friedens kennen gelernt hatten.

Das Ende des Krieges wurde nicht, wie wir es wünschten, ein Ver-söhnungsfrieden ohne Sieger und ohne Besiegte. Ein solcher Frieden hätte die Menschheit zum Sieger über den gemeinsamen Feind, den Militarismus, gemacht. Ein solcher Frieden hätte die Kraft des Kapi-talismus gelähmt und der Sozialdemokratie aller Länder vermehrte Stärke gegeben, denn es wäre dann die Arbeiterklasse der ganzen Welt gewesen, die die wahren Verursacher des Krieges zur Rechenschaft hätte ziehen können. Wir geben offen: Wir wünschen nicht den Sieg Deutsch-lands, ebensowenig wie wir den Sieg der Entente wünschen. Wir wünschen einen Frieden, der nicht durch die Macht der Waffen, sondern durch den Willen der Demokratie herbeigeführt wird. Darum weisen wir alle Behauptungen zurück, die deutsche Sozialdemokratie hätte unterlassen sollen, die Verteidigung des Reiches zu unterstützen, um den Fall des Kaiserthums herbeizuführen, denn als Sozialdemokraten sehen wir ein, daß die Freiheit das eigene Werk des Volkes sein muß. Keine wahre Frei-heit wird einem Lande von einem bewaffneten, feigen Feinde gegeben!

Aber der Krieg wurde durch den Willen der Entente zu Ende gebracht. Und jetzt zeigt die siegende Gerechtigkeit ein Gesicht, worin das Wesen des Kapitalismus sich deutlich spiegelt. Die alte Lehre der Geschichte er-zehnt sich: Im besiegten Lande wird Revolution, aber im siegreichen Lande wird Reaktion.

Ihr steht mitten in der Revolution, aber ihr dürft nicht vergessen, daß Deutschland nicht die ganze Welt ist und daß keine Revolution in dem anderen Lager ist. Wie verzweifelt auch die Lage zu sein scheint, so sind doch große Möglichkeiten vorhanden, daß die Besiegten die wirk-lichen Sieger werden können. Ihr habt es jetzt in eurer Hand, die Wahl zu treffen: Wollt ihr vor dem Richterstuhl der Geschichte als die wirklichen Sieger stehen, dadurch, daß ihr der Arbeiterklasse aller Länder ein leuchtendes Beispiel liefert? Oder wollt ihr ein Schreckensbild werden gegenüber der Reaktion aller Länder? Wenn ihr auf dem Programm der Sozialdemokratie festhaltet, wenn ihr die Freiheit, vom Volke selbst regiertes Deutschland schafft, das auf dem Boden des Gesetzes und des Rechts eine neue Gesellschaft aufbaut — auf der Pflicht zur Arbeit und dem Rechte zum vollen Ertrag der Arbeit ruhend — dann werdet ihr ein Vorbild aller Völker werden. Was einem solchen Deutschland gegen-über wird aller Völker Verachtung. Die Schwächheit gegen ein solches Deutschland wird in den Herzen der Arbeiter der tiefsten Schichten hervorrufen. Lange werden keine fremdsprachige noch englische Arbeiter haben, ein solches Deutschland in fremden Gefilden zu sehen. Aber wenn Deutschland in die Anarchie hinaus, in die Diktatur nach russi-schem Muster, dann werdet ihr selber erfahren, daß die Falschheit der Re-volution hinter sich, dann werdet ihr den Imperialisieren der Entente alle Waffen in die Hände spielen, dann wird selbst die schwarze Re-volution als Hüter des Gesetzes und des Rechts hinstehen dürfen, dann werden leuchtend glühende Waffen einem fortgesetzten „Bürgerkrieg“ gegen Deutschland genötigen.

Der Weg vorwärts geht durch die Demokratie. Es muß überflüssig sein, in Carl Marx's Diktand daran zu erinnern, daß der Sozialismus überhaupt nur durch die Demokratie durchgesetzt werden kann. Kein Diktator kann die Gesellschaft sozialisieren.

Wenn Herrschaft über die Massen in Gang setzen und Brot nach Petersburg bringen sollen, und er hilft dem Geldmangel ab. Aber die Herrschaft liegen still, das Volk leidet Hunger und das Geld ist nicht das Papier wert, worauf es gedruckt ist.

Soll Deutschland bleiben, dann muß Vertikalen die Grundlage sein. Die Vertikale des Volkes auf sich selbst und auf seine eigenen Kräfte. Kein Land kann andere oder bessere Verhältnisse fordern, als die, welche die Mehrheit des Volkes schaffen will, wenn das Volk sich selbst ohne Beherrschung regiert. Mit welchem Recht könnte die Sozialdemokratie der Mehrheit des Volkes widersprechen? Ist es etwa nicht wahr, daß das deutsche Volk in Bezug auf Anflutung und organi-sationales Verhalten eines der hochentwickeltesten ist? Man kann behaupten

den kein Mißtrauen gegen die Volksmehrheit in Russland verzeihen, aber man könnte ein solches Mißtrauen in Deutschland nicht verzeihen. Güter geht vor dem Chaos! Im Chaos befinden Spekulant und Ausbeuter sich immer wohl auf den Ruinen, während das Volk das größte Unglück tragen muß.

Und doch wird der neue Zustand ja früher oder später eben durch die mitgevoße Arbeit des Volkes aufgebaut werden. Es gibt kein Jauber-wort, das das Paradies heraufbeschwören vermag. Wir Sozial-demokraten sind nicht Phantasten, sondern Realisten. Wir wissen, daß wir auf dem Boden gehen müssen, wenn er auch und unter den Füßen brennt. Wir müssen unsere Heimat auf dieser Erde aufbauen. Und jeder Teil der Erde ist das Deutschland, das der Krieg für euch übrig ließ. Deutschland gegenüber steht die Entente, wo die Reaktion im selben Maße wachsen wird wie die Anarchie bei euch. Aber in den Ententeländern und den neutralen Ländern gibt es auch eine Sozial-demokratie, deren Macht in demselben Grade wachsen wird, wie ihr dem Sozialismus Ehre macht. So ist die Lage! Darum arbeitet! Denn die Arbeit ist die Quelle aller Werte, unter allen Bedingungen, politisch, ökonomisch und geistig. Nicht durch Trümmereien, sondern durch organi-sierte Arbeit wird Deutschland seine Fesseln zersprengen und Sieger werden.

Mooser Washington, der Vorkämpfer der schwarzen-Masse in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, hat einmal seinen unterdrückten Kameraden ein herrliches Bild vor Augen geführt. Er erzählte ihnen das Glück des von dem Schiff, das sich in der unendlich breiten Bucht des Amazonasstromes befand, dessen Mannschaft sich aber immer noch von der Salzfut des Meeres umgeben glaubte. Dem Schiff fehlte Wasser; es signalisierte nach Hilfe, bekam aber nur die Antwort: Werft die Eier aus!

Das deutsche Volk ist in derselben Lage. Die Welt glaubt es sich noch vom blutigen Meer des Krieges umgeben; das Volk hungert und signalisiert nach Hilfe. Es ist aber in die mildere Zone der Freiheit hineingelassen. Und wir antworten euch: Werft die Eier aus! Schafft euch der Kraft des Volkes, aus der gebundenen Quelle der Arbeit, aus dem frischen Born der Demokratie. Dann entkettet ihr den Fall, dann kommt die Hilfe nicht als Almosen des Siegers, sondern als überflüssige Handreichung!

Vorbedingung der Sozialisierung.

In der Berliner „Freiheit“ (Nr. 74) schreibt Professor Federer-Geldberg:

Nach der marxistischen Lehre vollzieht sich die Sozialisierung mit der Gewalt und Folgerichtigkeit eines Naturgesetzes. Die wirtschaftliche Entwicklung im Kapitalismus zeigt ein doppeltes Gesicht: Sie zer-trennt alle Schranken einer veralteten Rechtsordnung, sie zertrümmert technisch überholte Betriebsformen, vernichtet veraltete ökonomische Er-zengnisse. Demnach ist es so auf der einen Seite die soziale Ordnung und die wirtschaftlichen Formen der „guten alten Zeit“ in einen Trümmer-haufen, so doch nur, um auf diesem sofort das neue, weitaus straffer Regime des kapitalistischen Prozesses zu schaffen. Im Kapitalismus entfalten sich alle Produktivkräfte, welche vorher gebunden waren; eine Gestalt erlangt mehr Gern als die Spinnweben des ganzen Landes, eine Weberlei legt ganze Bezirke von Handwebern lahm. Nicht nur Menge, auch Art der Erzeugung wird eine andere, die Intensität der Arbeit wächst, leichtlich nimmt auch der Typus des Arbeiters eine andere Form an. Diese Umwandlung beschränkt sich also nicht auf den maschi-nellen Apparat und auf den Menschen, der an ihm arbeitet — sie er-greift die ganze Gesellschaft, insbesondere auch den Unternehmer. So wird ein gesellschaftlicher Rahmen geschaffen, in welchem die produktiven Möglichkeiten vorhanden sind, die Bevölkerung der Welt zu versorgen und damit die Vorbedingungen für eine kulturelle Entwicklung der Massen zu bieten.

Aber diese, nach einigen Kinderkrankheiten rasch fortschreitende Ent-faltung der Produktivkräfte und der Produktivität, diese Uebersättigung der Welt mit Produktmassen, die damit ermdüchtige reichlichere und freiere Lebenshaltung auch der großen Massen der Bevölkerung stößt an die Schranken der kapitalistischen Produktion; zuerst erschütterten Krisen den Wirtschaftskörper, lähmen seine Energie, verurteilen Arbeitswillige zum Jenseit; die Waren flauen sich unerküchlich in den Magazinen, die Auf-stände hoch; in den Fabriken stehen die Arbeitsplätze leer und die Massen der Beschäftigungslosen sehen sich auf lange Unterführungen an-gewiesen: So kennzeichnet den Kapitalismus Mangel an Organisation; aber bald wird dieser Zustand überwunden: die Kapitalisten erkennen die Gefahr der Krisen: diese bringen ihnen Verluste, zehren ihre Reserven aus, erschüttern ihren Kredit, schmälern also ihre Kapitalkraft und damit die Möglichkeit, gute Konjunkturen auszunutzen. So bahnt sich eine Organisation der Unternehmern an, die Erzeugung geschieht nach einem Plan, die Beschäftigung und damit die Löhne werden stetiger. So sind die Anreize auch von Vorteil für die Arbeiter; aber als Organe der Unternehmern, in erster Linie geschaffen zur Steigerung des Profits, fördern sie bald die Erzeugung ein; denn sie verkaufen keine Mengen zu hohen Preisen mit größerem Nutzen, als große Mengen zu niedrigen Preisen. Mit also vordem der Kapitalismus an Unterorganisa-tion, so ist er jetzt, volkswirtschaftlich betrachtet, überorganisiert, und das Problem der dauernden Arbeitslosigkeit von Vauermassen ist die Kezelsite eines Zustandes größerer Geschwindigkeit des Beschäftigungs-grades und — dies heißt — höherer Löhne für bezorgte Arbeiter-schichten. Unter- oder Ueberorganisation wird so stets das Schicksal einer Pro-duktionsordnung sein, welche nicht vom Bedarf der Massen, sondern vom Profitinteresse der Unternehmungen aus sich aufbaut.

Die inneren Widersprüche (wenn die freie Konkurrenz herrscht) oder die im System gelegenen Schranken (wenn sich die Wirtschaft kapitalistisch organisiert) hemmen die Entfaltung der Produktivkräfte; und es ist die leitende Idee der sozialistischen Lehre in allen ihren Erscheinungs-formen; wenn wir die Produktionsmittel in eine Ordnung einfügen, welche sich auf dem Produktions- und Konsuminteresse der Massen auf-baut, wenn wir das Lohnsystem zerbrechen, so können wir auf der im Kapitalismus erreichten technischen Höhe des Produktionsprozesses eine demokratische Verfassung von Produktion und Konsum schaffen, welche erst die Vorbedingungen für eine kulturelle Entwicklungsmöglichkeit der Arbeiter zu bieten vermag.

Es muß offen ausgesprochen werden, daß man heute in den weitesten Kreisen von dieser grundlegenden Idee recht wenig spürt. Der Arbeiter denkt heute noch übermäßig in den Begriffen des kapitalistischen Sys-tems; er verlangt also: Lohnerhöhung. Der Unternehmer dagegen: er verweist darauf, daß er bei betriebligen Löhnen nicht existieren kann. Der Arbeiter rechnet dem Unternehmer seine Kriegsgewinne nach, der Unternehmer berechnet, wieviel Profit er pro Arbeiter erzielt und daher hellenfalls langziehen kann. So wird die Revolution, wie es der Volks-beauftragte Darin deutlich ausdrückt, in Lohnbewegungen ausgelebt; selbst dort, wo man weiter geht, z. B. in der schweren und in der Rüstungs-industrie, ist Verstaatlichung das letzte Wort. Verstaatlichung wieder aus dem Gesichtspunkt, um den Profit der Allgemeinheit zuzuführen, jedoch ohne das Wirtschaftsprinzip des Kapitalismus anzutasten.

Jeder, der nicht ein verhoherter Schulmeister ist, muß dieses Verhalten der Massen und der Unternehmern begreifen; aber jeder muß auch zu-geden: solche Strömungen führen nicht auf den Weg zum Sozialismus.

Die Erklärung liegt in der gegenwärtigen Lage; sie ist in wirt-schaftlich augenblicklich nicht günstig für den Sozialismus. Wenn es die Aufgabe des Kapitalismus war, die enge Dürftigkeit zünftlicherer Produktion zu überwinden, wenn diese Aufgabe vor dem Kriege bereits größtenteils gelöst war, so steht sie heute neu vor uns. Wir sind wieder arm, wie je zuvor in grauen Korzetzen, und wir müssen aufbauen. Nur in einer Hinsicht sind wir im Vorteil: wir haben die großen Organi-sationsformen bereits entwickelt und beginnen auf einem hohen technischen Niveau. Aber wir werden auf jeden Fall als Aufgabe vor uns sehen, wie immer wir erzeugen: wenig zu verbrauchen, um viel zu sparen, um alle Verordnungen wieder auszugleichen. Auch eine sozialistische Pro-duktion hat diese Aufgabe, ja in höherem Maße als die kapitalistische Volkswirtschaft. Denn sie muß die Produktionsmittel wieder schaffen oder reetablieren, um die ganze Gesellschaft menschenwürdig zu ver-fügen. Sie hat ihre Aufgabe erst gelöst, wenn alle Menschen Arbeit und Brot haben, während sich der Kapitalismus mit Beschäftigungen zufrieden gibt und selbst die größte Arbeitslosigkeit mit dem irreführenden Hinweis darauf erzieht, daß jeder „Bleibende“ seine Existenz erwerben kann.

Trotzdem bedeutet es: Keine halt Brot zu geben, wenn man bloß auf die Schwerkriegel der Lage hinbeutet und jeden energiegelben Ein-griff, jede wesentliche Veränderung ablehnen würde. Der Arbeiter müßte an Erfolg der Revolution verzweifeln, wenn er sähe, sie beschränkte sich bloß auf die politischen Lebensformen — von so entscheidender Wichtigkeit diese auch sein mögen. Er wird enttäuscht sein, wenn man ihn auf die großen Schwierigkeiten aber grandiosen, aber unüberwindlichen Hindernisse, wenn man betont, daß unbedeutend die Produktion, und für viele wieder der Unternehmer bei guter Laune erhalten werden müsse, wenn man erkennen läßt, daß es zwar möglich war, die Macht des kapitalistischen und militaristischen Systems an einem Tage zu brechen, daß aber der Kapitalismus als wirtschaftliches System zunächst unverändert

weiter bestehen müsse. Daher auch der brennende Wunsch, rasch ein-zugreifen, zu „Beschlagnahmen“, die Betriebe zu „erobern“.

Aber wie geschieht das oder wie soll es geschehen nach dem Wunsch der Ungebildigten? Hierher steht man nicht als Erhebung von Lohnforderungen. So stellt sich die Arbeiterklasse selbst wieder auf den Boden des Kapitalismus; wenn die Löhne steigen, muß die Preise der Waren erhöht werden, was weitere Lohnerhöhungen notwendig macht; die Arbeiter setzen damit die volkswirtschaftlich irrtümliche Politik der Kriegswirtschaft fort, welche darin bestand, daß alle Sichten am Prtzege profitierten wollten, was auch der Fall war — bis der ganze Starren im Wozoff steden blieb.

Was soll nicht geschehen? Soll alles beim Alten bleiben? Soll die Revolution auf das politische Gebiet beschränkt bleiben? Mit nichten. Aber was geschehen kann und soll, ist so mannigfaltig und vielfältig, daß es in wenigen Worten nicht geschehen kann. Zum Beispiel, was soll man sich unter der Forderung vorstellen: bestimmte Betriebe, etwa der Rüstungsindustrie, seien „sogleich zu beschlagnahmen“? Ich kann Roh-stoffe beschlagnahmen, ich kann Lebensmittel beschlagnahmen; ich kann einem Sammler seine Butter wegnehmen und sie den Kranken eines Spitals aufs Brot zum Frühstück streichen — das ist verhältnismäßig einfach; einen Betrieb „beschlagnahmen“ — geht das überhaupt? Ja kann doch nicht den Unternehmer von seinem Schreibtisch weglegen und einen beliebigen Arbeiter oder Angestellten auf seinen Stuhl setzen — er wird sich nicht einmal in der Aktenregistratur auskennen. Was will man also tun? Alle Leute mit vorgehaltenem Revolver zwin-gen, wenn sie nicht Orber portieren? Die Sklaverei wieder einführen? — Man sieht, all das führt zu absurden Konsequenzen. Die Sozialisierung muß sich den Bedingungen der einzelnen Industriezweige, ihrer inneren Organisation, ihrem Arbeiterstand, den Produktionsfragen und Absatzkreisen anpassen und ist deshalb eine schwierige technische, organisatorische und wirtschaftliche Aufgabe. Kann also gar nichts geschehen? Das wäre niedergerichtet. Es müssen Maßnahmen geschaffen werden, wenn der Gehante der sozialen Revolution, die erst begonnen hat, nicht zer-schüttert werden soll. Ueber Lohnsteigerungen noch Dekrete einer Re-gierung wären solche Maßnahmen. Gingen müßte Ernst gemacht werden mit dem Gehanten der Demokratie in den Betrieben. Ar-beiter und Angestellte haben das größte Interesse daran, die Struktur des Betriebes zu verändern, daß die Gesamtheit der Beschäftigten am Ueberaufbau der Unternehmungen beteiligt wird; denn auch um ihr Wohl und Wege handelt es sich dabei. Diese Beteiligung bringt nicht bloß neue Rechte, sondern in viel höherem Maße neue Arbeit und neue Pflichten. Das liegt im Wesen der Demokratie, um so mehr in dem einer sozialen Demokratie; sie bedeutet kein Schlaraffenland; woher sollten denn jetzt die geträumten Tausend kommen? Was einer teuren Nase kann (wie es Eisner neulich ausdrückte) selbst der Unentwegteste nicht trinken. Aber was heute schon möglich ist: die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten im Betriebe; damit ist prinzipiell ausgesprochen: der Betrieb ist die Interessensphäre aller, die in ihm arbeiten. Demokratie im Betrieb heißt alles andere nach sich; sie ist zugleich Vorbedingung jeder Sozialisierung; denn so mannigfaltig die Formen der Sozialisierung sein mögen, sie sind samt und sunders nur mög-lich, wenn die Arbeiter und Angestellten mitwirken, also auch tätig sind, mitzureden; die nächste Zeit geht dazu, diese Vorbedingung zu schaffen; es ist eine schwere Arbeit. Die erste Klasse, die zurückgelegt werden muß; nicht in erster Linie hoher Lohn und kurze Arbeitszeit, sondern Einfluß im Betrieb! Daher: neben der politischen Macht die Demokratie in den Betrieben!

weiter bestehen müsse. Daher auch der brennende Wunsch, rasch ein-zugreifen, zu „Beschlagnahmen“, die Betriebe zu „erobern“.

Aber wie geschieht das oder wie soll es geschehen nach dem Wunsch der Ungebildigten? Hierher steht man nicht als Erhebung von Lohnforderungen. So stellt sich die Arbeiterklasse selbst wieder auf den Boden des Kapitalismus; wenn die Löhne steigen, muß die Preise der Waren erhöht werden, was weitere Lohnerhöhungen notwendig macht; die Arbeiter setzen damit die volkswirtschaftlich irrtümliche Politik der Kriegswirtschaft fort, welche darin bestand, daß alle Sichten am Prtzege profitierten wollten, was auch der Fall war — bis der ganze Starren im Wozoff steden blieb.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Was ist Sozialismus?

„Planmäßig zur höchsten Produktivität gesteigerte gesellschaftliche Arbeit.“ Diese glückliche Formulierung hat Scheidemann kürzlich im „Vorwärts“ ausgesprochen und sie damit sozialdemokratischen Kreisen in Erinnerung gerufen, die in der Praxis das Wesen des Sozialismus entweder nicht begriffen hatten oder vergessen zu haben schienen. Eine Folgerung der zureichenden Erklärung des Sozialismus, die in dieser Stunde besonders eindringlich betont werden muß, ist die Pflicht zur Produktivität. Denn die schönsten Formulierungen bleiben unfruchtbar, wenn sie nicht Leitfäden für die Tat bilden, wenn nach ihnen nicht gehandelt wird. Die Zeit der Worte liegt hinter uns. Wenn jetzt unsere Lehren und Ueberzeugungen nicht befolgt werden, wenn zur Sicherung der Erzeugnisse der Revolution die Pflicht zur Produktivität nicht als erstes Gesetz gewertet wird, dann müssen wir darauf gefaßt sein, daß wir uns der Sozialisierung nicht nähern, sondern in ein antisozia-listisches Nachwörter verfallen werden, und zwar auf dem Wege der Desorganisation der Arbeit. Ueberdies gibt es hier nicht nur ein Gebenlassen auf wirtschaftlichem Gebiete vertritt die Arbeit nicht, am wenigsten unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Ein geschwächter Wirtschaftskörper darf nicht Belastungsproben ausgeht werden, die auch ein härterer wirtschaftlicher Organismus nicht ohne schweren Schaden ertragen könnte.

Normalste politische Maßnahmen sind in ihrer Tragweite lange nicht so unübersehbar, wie verkehrte wirtschaftliche Maßnahmen. Jeder der Politik können, so schmerzhaft sie in ihren Wirkungen sein mögen, immer wieder einmal gutgemacht werden. Aber ist einmal das Wirt-schaftsleben heruntergebracht, dann müssen Generationen dafür büßen, was Unberand oder Unfähigkeit im Sandum-drehen angerichtet haben. In hochindustrialisierten Ländern, und zu ihnen ist Deutschland in erster Reihe zu zählen, führen wirt-schaftliche Irrungen und Störungen zu katastrophalen Zuständen, die schnell unheilbar werden. Da überwiegend agrarische Wirtschaft besteht, wie in Russland zum Beispiel, ist die Desorganisation viel langsamer tödlich und schließlich später leichter zu überwinden, weil die Vorbedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit durch den Bauern wesentlich ein-facher zu ermöglichen sind als in einem Lande, in dem die wirtschaftliche Organisation ein fein verfeinertes Netz empfindlicher, komplizierter Apparate darstellt.

Eine der schlimmsten Gefahren liegt in Reklungen, unsere Ent-scheidungen in wirtschaftlichen Fragen durch Bedürfnisse, und oft nur vermeintliche Bedürfnisse der Tagespolitik, zu bestimmen. Marx und Engels haben selbstverständlich stets nur die Politik wirtschaftlich orien-tiert und nicht umgekehrt dem antisozialistischen und daher schlechten Brauch gelehrt; die Wirtschaft jeweils der politischen Agitation an-zupassen. Liege es sich die Sozialdemokratie einfallen, jetzt aus politischer Gelegenheitsmacheret den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, entgegen Sozialistischer Einsicht, nicht Raum zu geben und unser wirtschaftliches Jan politischer Einmüßungen anzupassen, dann würde eine Verwundlung an unserer Zukunft begangen, die sich je länger je mehr blüher zügen müßte. Nur was darauf hinzielt, die Produktivität der Arbeit zu heben, ist sozialistisch; jeht erlaubt, das Gegenteil muß uns in ein Wirral bringen, aus dem es keinen Ausweg gibt. Jede Gemung, geschweige denn jede Unterbindung der Produktivität der Arbeit verächtelt uns den Sozialismus, um das Tor zum Chaos zu öffnen.

Verordnungen und Proklamationen über die Sozialisierung haben allein noch keine schaffende Kraft, wenn nicht zugleich die wirtschaftlichen und geistigen Voraussetzungen für die Sozialisierung geschaffen und ge-pflegt werden. Auch die geistigen Voraussetzungen für die Sozialisierung wurzeln in der Pflicht zur Arbeit. Verlegungen dieser Pflicht sind Umschläge gegen den Sozialismus, und zwar mit Waffen, wie sie kein Gegner des Sozialismus härter und wirksamer je besch und be-sitzen wird. Sicherungen anderer Art für die Sozialisierung als die Durchsetzung des Weges zur Sicherung gesteigerter Produktion vermag der Arbeiterschaft niemand zu geben. Und diese Sicherungen liegen in der Hand der Arbeiterschaft selbst, ganz besonders, nachdem die Armee als Machtmittel des kapitalistischen Staates zerbrochen ist und in den Händen der arbeitenden Schichten ruht, denen nie die Mehrheit im Reiche strittig gemacht werden kann, wenn sie sie nicht selbst aufgeben.

Arbeitervereine in der Volkswirtschaft.

Wes muß in tragbaren Verhältnissen zu einander stehen, auch das Arbeitervereine in der Volkswirtschaft. Wir dürfen daher nicht unge-prüft fordern. Die organisierten Arbeiter haben bei Aufstellung ihrer Forderungen bisher stets geprüft, ob dieselben getragen werden können. Es kann auch gar nicht anders sein. Auch dann nicht, wenn Sozialisierung erfolgt. Man mag über die Möglichkeiten der Sozialisierung unferer Volkswirtschaft denken wie man will, auch über das Tempo der Um-wandlung mögen verschiedene Meinungen möglich sein, aber den einen Punkt sollte Einmüßigkeit herrschen: die Sozialisierung muß etwas Ver-tes an die Stelle des Alten setzen, sonst ist sie im günstigsten Fall un-nützig, aber aber sie bereitet den Zusammenbruch des Ganzen oder von Teilen unserer Wirtschaft vor. In der Gesamtwirtschaft hat auch nach noch so gründlich vorgenommener Sozialisierung das Arbeitervereine in tragbaren Verhältnissen zu den Gesamtproduktionskosten zu stehen, wenn das Erwerben der unbedeutend Vorbernden aus feststimmten Wahren nicht möglich sein soll. Darum hat auch das Kapitalist des sozialdem

kräftigen Partei, der „Vorwärts“, sich mit folgendem Ruf an die deutschen Arbeiter gerichtet:

Die wachsenden Lohnforderungen sind heute an der Tagesordnung, und kein Mensch denkt daran, morgen werden soll und wie sich das von der großen Volksgemeinschaft gestalten soll. Bei einem Zeile der Arbeiterschaft — und er ist nicht der, dessen mühsamste Selbstopferung, dessen Opfermut im organisiertem Kampfe wir früher so oft bewundert haben — ist eine blinde Jagd nach Geld ausgebrochen, die alles zerbrechen muß, was für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens notwendig ist.

Bedenkt man denn nicht, daß wir durch den Krieg vollkommen ausgepumpt sind und daß Deutschland unter der Last drückendster Armut leidet? Heute muß man den Mut haben, den Massen reinen Wein einzuschütten über das, was das deutsche Wirtschaftsleben jetzt ausfallen kann, ihnen Solidarität zu predigen, eine Solidarität, die sie auch befähigen soll, unsere große Armut gemeinsam zu tragen, gemeinsam an der Schaffung neuer Werte mitzuwirken und das Volk auf die Höhe des früheren Wohlstandes zurückzuführen. Es ist verbrechertisch, die Arbeiter anzuzetteln, mehr zu verlangen, als die Armut unserer gesamten Wirtschaft ihnen gleichmäßig zu vermag. Was einzelne Gruppen der Arbeiter heute an übertriebenen Löhnen erzwungen, muß bei der unvermeidlich kommenden schweren Krise die übrige Masse der Arbeiter an ihrem Lebensnerv verletzen. Diese Propaganda muß bekämpft werden, und es muß mit den Arbeitern die volle Wahrheit über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Reiches vorgetragen werden.

Sozialisterei heißt Sinn an die Stelle des oft planlosen Unsinns der kapitalistischen Produktionsweise setzen. Sozialisterei ist kein Kaufen um den größten Anteil an der Beute. Sozialisterei ist auch keine Lohnbewegung, nie und nimmer, eine solche jener Elemente, die über den gewerkschaftlichen Organisation, der einzig möglichen Voraussetzung zweckmäßiger Lohnbewegungen, nicht verfügen wollen. Mit Recht schreibt der „Vorwärts“ von einer heillosen „Verdinglichung und Verunreinigung der Industrie und Gewerbe durch die überhandgenommene Propaganda eines unklugen und phantastischen Sozialismus, die namentlich die Elemente ausgebeutet hat, die erst durch die Erregung der Mediokratie aus diesem stumpfen Verborgenen an die Oberfläche geschoben sind.“

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, alle Männer und Frauen, die in Selbstlosigkeit und Treue den Bau ihrer eigenen Organisation schufen, mögen die Augen aufhalten! Dem Schaffenden, dem, der da hilft, unser unglückliches Land aus seiner Not zu befreien, gebührt für seine Arbeit höchster Lohn. Die Schaffenden mögen aber auch dem Unklugen steuern, der durch sinnlose Forderungen aller Art die Arbeit den Boden entzieht und damit die Rettung aus schwerster Not unmöglich macht. Wer diese Zerkümmernngsarbeit nach Sozialismus nennt, ist unheilbar schwachsinzig oder noch schlimmer.

Die entthronten Landesväter-Familien.

Die durch den Sturm der Revolution in Deutschland von ihren Thronen herabgeworfenen 22 Dynastien von verschiedenen Rang titeln nach einer Aufzählung der Mitglieder der „Volkswacht“ sind nicht ansehnliche Häuflein. Da ist zunächst Preußen mit seinem Königs- und Kaiserpaar, das zugleich das deutsche Kaiserpaar war, mit 20 Prinzen und 11 Prinzessinnen, zusammen 31. Ebenso viele Mitglieder weist Bayern auf, nämlich einen König, eine Königin, 15 Prinzen und 16 Prinzessinnen; dazu treten noch in der herzoglichen Linie fünf Herzöge und eine Herzogin, insgesamt 39. Sachsen gibt ab: 1 König, 3 Prinzen und 5 Prinzessinnen, und Württemberg mit dem Königs- und Kaiserpaar 4 Herzoginnen (die durch Heirat ausgestorbenen Prinzessinnen sind in dieser nicht allfälligen Statistik fortgelassen), also 13. Bei den großherzoglichen Häusern handelt es sich in Baden um den Großherzog, die Großherzogin-Mutter, 2 Prinzen und 1 Prinzessin, das sind 6. In Mecklenburg finden wir 1 Großherzog mit Gemahlin, Mutter und Stiefmutter, dazu die verwitwete Stiefmutter der Großherzogin, demnach 4 Großherzoginnen, 8 Herzöge und 2 Herzoginnen, 16. In Oldenburg das Großherzogpaar, 3 Herzöge, 4 Herzoginnen, 9, und in Sachsen-Weimar-Eisenach, Großherzog, Großherzogin, je 2 Prinzen und Prinzessinnen, 6. Nun zu den Herzogsfamilien; in Sachsen-Altenburg zählt die meisten Mitglieder: das Herzogpaar, 1 Herzoginwitwe, 10 Prinzen und 9 Prinzessinnen (ohne England, Portugal, Belgien, Dänemark), 22. Sachsen-Meiningen hatte 1 Herzogpaar, 3 Prinzen, 2 Prinzessinnen. Sachsen-Altenburg: Herzog und Herzogin, 2 Prinzen und 3 Prinzessinnen, 7. Braunschweig: das Herzogpaar, 2 Prinzen und 1 Prinzessin, 5. Bei den Fürsten steht Preußen wieder an erster Stelle mit 2 Fürsten, 1 Fürstin, 15 Prinzen und 18 Prinzessinnen, 36. Es folgt Schaumburg-Lippe mit dem Fürsten, der Fürstin-Mutter, 17 Prinzen und 7 Prinzessinnen, 24. Hinter marschieren Schaumburg-Lippe mit dem Fürstenpaar, 10 Prinzen und 12 Prinzessinnen, 24. Waldeck: Fürstenpaar, Fürstin-Witwe, je 3 Prinzen und Prinzessinnen, 9 und Schwarzbürg, 1 Fürst, 2 Fürstinnen, 2 Prinzen, 4 Prinzessinnen, 9. — In Summa also 278 „Entthronte“, die auch über ungeheure Güter verfügen.

Was haben die alten Machthaber gekostet?

Die bürgerlichen Parteien behaupten, daß die Revolution verheerend gewesen sei, daß sie die Wirtschaft zerstört habe, und belegen diese Behauptung mit dem Hinweis auf Einzelfälle, bei denen die Mitglieder der A- und S-Mitte hohe Entschädigungen erhalten haben. In welcher Weise mit den Großen der Steuerzahler unter dem alten Regime gewirtschaftet worden ist, wie die „alten Machthaber“ entschädigt wurden, haben die Lobredner des alten Systems, wie es scheint, ganz vergessen. Wir wollen ihr Gedächtnis auffrischen. Es erhellten:

	im Jahre	an einem Tage
Wilhelm II.	21 200 000 M.	58 082 M.
König von Bayern	6 695 731	18 810
König von Sachsen	4 091 456	11 209
König von Württemberg	2 400 000	6 575
Großherzog von Baden	1 796 128	4 990
Großherzog von Oldenburg	655 000	1 806
Großherzog von Hessen	1 420 000	3 883
Großherzog von Sachsen-Weimar	1 020 000	2 794
Herzog von Braunschweig	1 125 322	3 083
Landesherrl. Rechte der von S. Meiningen	394 286	1 080
die Hälfte der Domänenbeschlüsse	280 000	654
Fürst v. Schwarzb.-Rudolstadt u. Sonderb.	333 367	914
	41 541 593 M.	113 826 M.

Die A- und S-Mitte haben zudem mit vielen hochbezahlten Einrenten der alten Machthaber gerühmt ausgeräumt. Nicht nur die getrennten Säpfer, sondern auch viele andere Schwarzröter sind gekostet worden. Es gab zahlreiche Stellen, die vielfach von ehemaligen Offizieren mit hohem Gehalt besetzt waren, die jetzt aufgehoben sind. Die Arbeit wird von den A- und S-Mitteln geleistet für eine Entschädigung, die oft nur einen geringen Bruchteil der früher gezahlten Gehälter ausmacht. Der Weltkrieg hat neben dem vielen kostbaren Blut 150 Milliarden Mark verschlungen. Dagegen werden sich diejenigen, die gegen die A- und S-Mitte liegen, mit keinem Wort.

Soziales Recht — Arbeiterverfleinerung.

Abänderung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge.

Die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 15. November 1918, die wir in Nr. 49 der „B.Z.“ veröffentlichten, ist durch Verfügung vom 3. Dezember wie folgt abgeändert worden:

§ 5 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
Entsprechendes gilt für Kriegsteilnehmer, die während des Krieges mit dem Deutschen Reich verbundenen Staaten, die bei Ausbruch des Krieges oder bei ihrer Einbürgerung zum Seere im Deutschen Reich gewohnt haben. Auslandsdeutsche, die einen inländischen Wohnort nicht haben, sind von der Gemeinde zu unterstützen, in der sie sich bei Eintritt der Erwerbslosigkeit aufhalten.
Unter § 9 wird als § 9a folgende Vorschrift eingefügt:
„Ausländische Zivilpersonen, denen durch die Militärbehörden ein inländischer Aufenthaltsort zugewiesen worden ist, wird die Fürsorge an diesem Aufenthaltort nicht über den Zeitpunkt hinaus gewährt, zu dem ihnen durch den Demobilisationskommissar Gelegenheit zur Heimreise gegeben wird.
Die Fürsorge kann von dem Demobilisationskommissar herab geregelt werden, daß dem Erwerbslosen Unterstützung und Verpflegung von seinem bisherigen Arbeitgeber nach Maßgabe des während des Krieges bestandenen Verhältnisses als Sachleistungen gewährt werden. In diesem Falle hat die Gemeinde oder der Gemeindeverband dem Besonderen eine Fürsorgeaufwendung zu gewähren.
Die Vorschriften des § 8 gelten mit der Maßgabe, daß der Demobilisationskommissar die Orte, an denen eine Arbeit anzunehmen ist, bestimmen kann.“

Der Demobilisationskommissar kann bestimmen, welche Stellen diese Vorschriften durchzuführen und die nötigen Anordnungen zu treffen haben.“

§ 17 Satz 2 erhält folgende Fassung:
Die Landeszentralbehörde oder die von ihr bezeichnete Stelle kann bestimmen, daß für einheitliche Wirtschaftskreise der gleiche von ihr festzusetzende Lohn zu gelten hat.“

Arbeitsverträge, Arbeiter- und Angestelltenvereine und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten.

Der Rat der Volksbeauftragten hat am 23. Dezember durch eine Verordnung das Arbeitsrecht, die Arbeitervertretung durch Ausschüsse und das Schlichtungsverfahren gesetzlich geregelt. Die neue Verordnung, die im Reichsarbeitsamt ausgearbeitet und mit dem Tage der Verkündung in Kraft getreten ist, erklärt den Inhalt schriftlich abgeschlossener Vereinbarungen der Arbeitnehmer und einzelnen Arbeitgeber abgeschlossener Arbeitsverträge für alle zwischen den Beteiligten Personen vereinbarte Arbeitsverträge als rechtskräftig. Abwickelnde Vereinbarungen sind nur wirksam, soweit sie im Arbeitsvertrag ausdrücklich zugelassen sind oder soweit sie eine Änderung der Arbeitsbedingungen zugunsten des Arbeitnehmers enthalten und nicht ausdrücklich im Arbeitsvertrag ausgeschlossen sind (§ 1). Das Reichsarbeitsamt kann auf Antrag Arbeitsverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises in dem Tarifgebiet überwindende Bedeutung erlangen haben, als allgemein verbindlich erklären (§ 2). Vertragsberechtigt sind: jede Vertragspartei des Arbeitsvertrags sowie Vereinigungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern, deren Mitglieder durch die Erklärung des Reichsarbeitsamtes betroffen werden würden (§ 3). Die allgemein verbindlichen Arbeitsverträge sind in ein Tarifregister einzutragen, das beim Reichsarbeitsamt oder einer von ihm bezeichneten Behörde geführt wird (§ 4). Die Einschreibung in das Tarifregister ist jedem gestattet (§ 5).

Die Bestimmungen über Arbeiter- und Angestelltenvereine und über das Einigungsverfahren lehnen sich an die Vorschriften im Gewerkschaftsgesetz eines Arbeitsamtes an. In wichtigen Fällen kann das Reichsarbeitsamt die Durchführung des Einigungs- und Schlichtungsverfahrens selbst übernehmen oder sie einer anderen Schlichtungsstelle übertragen (§ 22). Hier übernimmt das Reichsarbeitsamt die Funktionen eines Einigungsamtes, für die besser eine selbständige Behörde eingerichtet würde. Dies erscheint uns um so notwendiger, als die Streitbewegungen, die den Bestand der deutschen Volkswirtschaft bedrohen und nur durch eine zentrale Vermittlungsinstanz beigelegt werden können, sich von Tag zu Tag mehren. Die neue Verordnung ist im „Reichs-anzeiger“ vom 23. Dezember 1918 veröffentlicht.

Wie wird gewählt?

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar und zur preussischen Landesversammlung am 26. Januar wird nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Das Wesen der Verhältniswahl liegt darin, den Parteien so viel Abgeordnetensitze zu geben, wie dem Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmzahl zur Gesamtzahl der Stimmen entspricht und den Nachteil der bisherigen reinen Mehrheitswahl durch zu besitzeln, daß auch noch so große Minderheiten unterrepräsentiert bleiben. Es kommt nun darauf an, diesen Zweck durch ein möglichst sicheres und nicht zu verzwicktes Verfahren zu erreichen. Den in verschiedenen Ländern, auch in Teilen des Deutschen Reiches, angewandten Systemen ist das gemeinsam übernommen, daß nur auf Grund von Wahlvorschlägen abgestimmt werden darf, die von einem größeren Personenkreise zu unterzeichnen sind. Nach dem Reichswahlgesetz müssen diese bei dem Wahlkommissar einzureichenden Wahlvorschläge von mindestens 100 Personen unterzeichnet sein, die im Wahlkreis wahlberechtigt sind, und sie dürfen nicht mehr Namen von Frankreichen enthalten, als in dem Wahlkreise Abgeordnete zu wählen sind. Die Wahlvorschläge werden dann amtlich veröffentlicht. An sie ist der Wähler gebunden: das heißt, nur solche Stimmzettel sind gültig, welche einen der unter diesen Voraussetzungen eingereichten und amtlich veröffentlichten Wahlvorschläge der Parteien enthalten. Es wird also über die geschlossenen Listen abgestimmt und nach der auf sie entfallenden Stimmzahl wird berechnet, wieviel Sitze den die Liste vertretenden Parteien zugewiesen sind.

Für die Verteilung der Mandate auf die einzelnen Gruppen wird das System des Belgiers d'Hondt angewandt, das die Gewähr gibt, daß immer die größeren Stimmenreste die erste Verdrängung finden. Es besteht darin, daß nachdem die abgegebenen Stimmzahlen der einzelnen Listen festgestellt sind, sie nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt und von den sich hierbei ergebenden Teilzahlen so viele Hundertstel der Größe nach ausgesondert werden, wie Abgeordnete zu wählen sind. Mit anderen Worten: zunächst erhält die Liste mit der höchsten Zahl einen Sitz, die nächste Liste aber erst dann, wenn sie nach der Teilung der ersten Liste durch 1, 2, 3 usw. eine höhere Stimmzahl hat als die erste, und das Gleiche gilt dann für die weiteren Listen und für die ganze folgende Durchteilung. Ein Beispiel mag die Sache erläutern. Nehmen wir an, daß in dem Durchschnittswahlkreis von 100 000 Wählern und 12 Abgeordneten von vier Parteien Wahlvorschläge aufgestellt sind, und daß auf die Liste A 500 000, auf B 200 000, auf C 100 000 und D 100 000 Stimmen entfallen, dann ergibt sich folgendes:

	Liste A	Liste B	Liste C	Liste D
Stimmen	500 000 (1)	200 000 (2)	100 000 (4)	100 000 (4)
geteilt durch	250 000 (3)	140 000 (6)	110 000 (9)	70 000 (14)
"	166 666 (5)	66 666 (11)	78 333 (13)	39 333 (16)
"	125 000 (7)	72 500 (14)	55 000 (18)	25 000 (20)
"	100 000 (10)	58 000 (17)	44 000 (23)	20 000 (25)
"	83 333 (11)	48 333 (16)	36 000 (28)	16 666 (30)

Die eingeklammerten Zahlen geben die Reihenfolge an, in der nach den höchsten Teilzahlen die Abgeordnetensitze auf die vier Listen verteilt werden. Die Liste A sängt mit der ersten Hundertzahl an; da ihre Teilung durch 2 eine geringere Zahl als die ungeteilte Hundertzahl von Liste B ergibt, erhält letztere den zweiten Sitz. Der dritte kommt auf die erste Teilzahl von Liste A, dann kommt die erste Hundertzahl von C usw. Zusammengekommen erhält so die Liste A 6, B 3, C 2 und D 1 Sitz. Die Wähler können nur für die ganzen Hundertstelsitze stimmen. Sie können wohl Namen streichen, aber nicht andere dafür einsetzen, weil sonst der Stimmzettel ungültig wird. Die Listen sind nach dem Entwurf auch gebundene für die Bestimmung der Abgeordneten; denn für die Verteilung der Mandate sind die Stimmzahlen der Abgeordneten unter die Bewerber soll die Reihenfolge der Nennungen auf den Wahlvorschlägen sein. Das bedeutet, daß die zuerst auf den Wahlvorschlägen stehenden Namen auch zuerst, eben nach der Reihenfolge dieser Nennungen, als gewählt gelten, und je weiter hinten, um so geringer die Wahlsicht für die Bewerber ist.

Neues Hausangestelltenrecht in Bayern.

Durch den Rat der Volksbeauftragten wurde am 12. Dezember (R.-G.-Bl. Seite 1303) die Aufhebung der Verordnung über die Hausangestellten in Bayern beschlossen. In Bayern bestand eine Gesetzgebung nicht, doch enthält das Bayer. Vollzeit-Gesetzbuch vom 26. September 1871 in seinen Artikeln 106—110 gesetzmäßige Strafbestimmungen. Ferner sind zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 9. Juni 1899 über den Gesetzbuchvertrag in den Artikeln 15—31 besondere Ausführungsbestimmungen enthalten. Auf Antrag des Hausangestelltenverbandes, Ortsgruppe München, wurde vom Staatskommissar für Demobilisierung am 13. Dezember 1918 das Vollzeit-Gesetzbuch mit seinen Artikeln 106—110 außer Kraft gesetzt. Damit fallen alle Vorschriften über die Pflicht zur Aufzucht, Führung, Verpflegung und Aufrechterhaltung von Dienstbüchern für Gesinde außer Wirksamkeit. Die Ausführungsbestimmungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch bleiben einer gesetzlichen Regelung vorbehalten.

Ferner wurde verfügt, daß die Berufsvereine der Hausangestellten und die Vereine der Arbeitgeber normale Arbeitsverträge zu vereinbaren haben. Diese Verträge sollen ordnungsgemäß abgehandelt werden. Bezüglich der Arbeitszeit besteht die Verordnung, daß die Hausangestellten auf eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens neun Stunden täglich Anspruch haben, an einem Werktag jeder Woche haben sie eine Auszeit von mindestens vier Stunden, ferner muß an jedem zweiten Sonntag und an den gesetzlichen Feiertagen mindestens sechs Stunden Auszeit gewährt werden.

Innerhalb der täglichen Arbeitszeit sind dem Hausangestellten Nebenpausen von insgesamt einundzwanzig Stunden, zum Einnehmen der Pausen eine weitere Ruhepause von einer Stunde zu gewähren. Wird der Hausangestellte neben der Stunde regelmäßigen Arbeitszeit zu besonderen Leistungen nach 9 Uhr abends herangezogen, so hat er Anspruch auf besondere Vergütung der Nebenarbeit. Nach mindestens einjähriger Dienstzeit hat der Angestellte Anspruch auf einen jährlichen Erholungsurlaub von mindestens acht Tagen ohne Kürzung des Arbeitsentgeltes.

Der Hausangestelltenverband verlangt, daß auch die Ausführungsbestimmungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch jetzt fallen sollen müssen. Weiter fordert er eine selbständige tägliche Arbeitszeit und den Ausstieg an jedem zweiten Sonntag von 3 Uhr nachm. bis 12 Uhr nachm.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Nichtpreise im Rheinisch-Westfälischen Kohlenbündel. In welcher Weise das Rheinisch-Westfälische Kohlenbündel die Nichtpreise — das sind nicht die Verkaufspreise, sondern die Berechnungspreise zwischen Syndikat und Zechen — seit Kriegsbeginn geregelt hat, ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung, wonach pro Tonne kosteten (in Mark):

1. Fettkohlen.		
	1. Juli 1918	1. Juli 1919
Fördergrubkohlen	10,25 39,80	12,75 42,80
Förderkohlen (20% Stöße)	11,25 41,20	13,75 44,80
Ref. Kohlen (40% Stöße)	12,00 42,20	14,75 45,80
Weichkohlen (60% Stöße)	12,50 42,80	15,75 46,80
Förder-Schmelzkohlen	11,00 42,20	13,00 43,70
Refinerie-Schmelzkohlen	12,50 42,80	14,25 44,20
Stückkohlen I	13,50 44,00	15,25 45,20
Stückkohlen II	12,75 43,40	14,25 44,20
Stückkohlen III	12,75 43,40	14,25 44,20
Gewöhnliche Stückkohlen I	12,75 43,40	14,25 44,20

2. Gas- und Gaslampekohlen.		
Fördergrubkohlen	10,00 39,50	12,75 44,60
Förderkohlen	11,00 41,00	13,50 44,80
Gewöhnliche Stückkohlen I	11,75 42,00	13,00 43,70
Gewöhnliche Stückkohlen II	12,50 42,50	13,00 43,70
Gewöhnliche Stückkohlen III	12,00 42,40	12,00 42,20
Gewöhnliche Stückkohlen IV	13,50 44,00	14,00 43,70
Gewöhnliche Stückkohlen V	12,00 42,40	12,00 42,20
Ungewaschene Stückkohlen I	13,50 44,00	14,00 43,70
Ungewaschene Stückkohlen II	12,75 43,40	13,00 43,70
Ungewaschene Stückkohlen III	12,75 43,40	13,00 43,70
Ungewaschene Stückkohlen IV	12,75 43,40	13,00 43,70
Ungewaschene Stückkohlen V	12,75 43,40	13,00 43,70

3. Gflokohlen.		
Fördergrubkohlen (10% St.)	10,25 39,70	12,75 46,40
Förderkohlen mit 20% St.	10,75 40,70	13,50 46,40
Förderkohlen mit 30% St.	11,25 41,30	14,00 44,90
Ref. Kohlen (50% St.)	12,00 42,20	14,75 45,80
Stückkohlen	14,25 44,00	16,75 48,80
Stückkohlen I	14,75 44,20	17,25 49,40
Stückkohlen II	13,25 43,00	15,75 47,40
Stückkohlen III	12,75 42,50	15,00 46,80
Stückkohlen IV	13,25 43,00	15,50 47,40
Stückkohlen V	12,75 42,50	15,00 46,80
Stückkohlen VI	12,75 42,50	15,00 46,80
Stückkohlen VII	12,75 42,50	15,00 46,80

4. Wagerkohlen.		
a) Ostliches Revier.		
Fördergrubkohlen (10% St.)	9,50 38,90	11,50 43,60
Förderkohlen mit 20% St.	10,25 39,70	12,25 44,20
Förderkohlen mit 30% St.	10,75 40,30	12,75 44,80
Ref. Kohlen (50% St.)	11,25 40,90	13,25 45,40
Stückkohlen	14,25 44,00	16,25 48,40
Stückkohlen I	14,75 44,20	16,75 49,00
Stückkohlen II	13,25 43,00	15,25 47,00
Stückkohlen III	12,75 42,50	14,75 46,40
Stückkohlen IV	13,25 43,00	15,25 47,00
Stückkohlen V	12,75 42,50	14,75 46,40
Stückkohlen VI	12,75 42,50	14,75 46,40
Stückkohlen VII	12,75 42,50	14,75 46,40
b) Westliches Revier.		
Fördergrubkohlen (10% St.)	9,25 38,60	11,25 43,40
Förderkohlen mit 20% St.	9,75 39,20	11,75 44,00
Förderkohlen mit 30% St.	10,25 39,80	12,25 44,60
Ref. Kohlen (50% St.)	10,75 40,40	12,75 45,20
Stückkohlen	13,75 43,40	15,75 48,20
Stückkohlen I	14,25 44,00	16,25 48,80
Stückkohlen II	12,75 42,50	14,75 46,40
Stückkohlen III	12,25 42,00	14,25 45,80
Stückkohlen IV	12,75 42,50	14,75 46,40
Stückkohlen V	12,25 42,00	14,25 45,80
Stückkohlen VI	12,25 42,00	14,25 45,80
Stückkohlen VII	12,25 42,00	14,25 45,80

5. Koks.		
Großkoks I. Sorte	17,00 58,80	19,50 61,05
Großkoks II. Sorte	16,00 57,60	18,50 60,45
Großkoks III. Sorte	15,00 56,40	17,50 59,85
Großkoks IV. Sorte	14,00 55,20	16,50 59,25
Großkoks V. Sorte	13,00 54,00	15,50 58,65
Großkoks VI. Sorte	12,00 52,80	14,50 58,05
Großkoks VII. Sorte	11,00 51,60	13,50 57,45
Großkoks VIII. Sorte	10,00 50,40	12,50 56,85
Großkoks IX. Sorte	9,00 49,20	11,50 56,25
Großkoks X. Sorte	8,00 48,00	10,50 55,65
Großkoks XI. Sorte	7,00 46,80	9,50 55,05
Großkoks XII. Sorte	6,00 45,60	8,50 54,45
Großkoks XIII. Sorte	5,00 44,40	7,50 53,85
Großkoks XIV. Sorte	4,00 43,20	6,50 53,25
Großkoks XV. Sorte	3,00 42,00	5,50 52,65
Großkoks XVI. Sorte	2,00 40,80	4,50 52,05
Großkoks XVII. Sorte	1,00 39,60	3,50 51,45
Großkoks XVIII. Sorte	0,00 38,40	2,50 50,85
Großkoks XIX. Sorte	0,00 37,20	1,50 50,25
Großkoks XX. Sorte	0,00 36,00	0,50 49,65

6. Britische.		
I. Sorte	13,75 45,60	11,00 42,80
II. Sorte	12,75 44,00	10,00 41,20

Das sind Preissteigerungen um 300 Prozent und mehr. Dabei handelt es sich um die Verkaufspreise, die Verkaufspreise sind zweifelslos weit höher. Volkswirtschaftlich lassen sich diese Preise auf die Dauer gar nicht tragen. Wir haben jetzt die fürchterliche Suppe ausgekostet, die uns durch die heillosen Preissteigerungen eingebracht wurde.

Die Preise für Eisen- und Stahlzeugnisse stehen hinter den Kohlenpreisen nicht zurück. Sie sind seit Kriegsbeginn gestiegen, jetzt folgende Gegenüberstellung, wonach pro Tonne kosteten (in Mark):

Preis am Eisenmarkt.		
	Vor dem 1. Jan. 1918	Vor dem 1. Jan. 1919
Stahl (ab Oberh.)	79,50 214,60	105,00 300,00
Stahl (ab Unterh.)	74,50 205,50	97,50 285,00
Stahl III	70,50 219,00	110,00 320,00
Stahl IV	70,00 195,50	97,50 285,00
Stahl V	62,00 210,00	102,00 290,00
Stahl VI	62,50 205,00	97,50 285,00
Stahl VII	67,50 200,00	117,50 350,00

Wir sehen, daß hier die Preise den Kohlenpreisen gefolgt sind. Und so wird es bei den sonstigen, bis auch die Arbeiter die höheren Preise mittragen müssen durch noch höhere Kosten der Lebenshaltung. Das kann ja nicht weiter gehen. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um zu günstigen Verhältnissen zu kommen. Über wie? Die „B.Z.“ vom 7. Januar 1919 schreibt:

Die Betrachtung dieser ungeheuren Preissteigerungen sollte eigentlich jedermann und vor allen Dingen auch der Arbeiterschaft die Erwägung nahelegen, daß wir auf einem Stand der Entwürdigung angekommen sind, der über kurz oder lang zu völligem Zusammenbruch führen muß; denn Preise in dieser Höhe sind schädlich für die Produktion. Die Hauptaufgabe unserer Wirtschaft für die nächste Zukunft muß deshalb der Abbau der Preise auf der ganzen Linie sein. Nur dann ist eine Verbilligung unserer Lebenshaltung zu erwarten. Ganz in dem Sinne muß aber auch, so schmerzhaft die Erkenntnis sein mag, ein Abbau der vielfach zu ganz übertriebenen Höhen gestiegenen Löhne und eine Herabsetzung der Entlohnung, die in der Bemessung der Lohnhöhe für die verschiedenen Arbeiterkategorien eingetretten ist, gehen.“

Jetzt sollen danach die Arbeiter den durch überhöhten Wuchergeist total verschahrenen Karren wieder herausziehen. Man könnte über diese Zumutung lachen, wenn es sich nicht um Sein oder Nichtsein unserer Volkswirtschaft handelte. So als wir nicht wohl oder übel auch die Arbeiter mit in die Spethen lassen, damit nicht alles zugrunde geht.

Internationale Rundschau.

Sozialpolitik im Friedensvertrag.

Die „Gumantte“, das Hauptblatt der französischen Sozialisten, teilt mit, daß die Arbeitskommission für die internationale Arbeiterkongresskonferenz im Friedensvertrag sich zu folgenden Vorschlägen an die Friedenskonferenz entschlossen hat:

A) Proklamierung des Willens der Vertragsmächte, durch eine internationale Arbeitergesetzgebung zu verwirklichen: Menschliche Arbeitsbedingungen durch Schutz des allgemeinen und gewerblichen Unterrichts der Kinder, der Mutterschaft, des Familienlebens, des sozialen Lebens, der physischen und moralischen Gesundheit und durch Entlohnung der Bevölkerung.

Folglich spricht sich der Friedensvertrag aus:

1. Für die Reformen, die die Konferenz von Bern im Jahre 1913 angenommen hat: Unterdrückung der Nachtarbeit der jungen Industriearbeiter, die Festsetzung des Achtstundentages für die Frauen und für die Jungen in der Industrie beschäftigten Arbeiter.

2. Die unter B vorgezeichnete internationale Konferenz prüft folgende Reformen: Verbot der Nachtarbeit für Kinder unter 14 Jahren, Beschränkung des Arbeitstages für Erwachsene, sofortige Einführung des Achtstundentages in den Tag und Nacht arbeitenden Fabriken und in den Bergwerken, in jeder Woche eine Ruhepause von 1 1/2 Tag, Organisation und Gegenseitigkeit der Krankenversicherung, Unfallversicherung und Altersversicherung, der Arbeitslosenversicherung der Arbeitergesetzgebung, Gleichheit des Lohnes und der Arbeitsbedingungen zwischen ausländischen und inländischen Arbeitern.

B) Einrichtung einer periodischen internationalen Arbeitskonferenz zwischen den Vertragsmächten, zu der die Staaten, die den Vertrag nicht unterzeichnet haben, Zutritt haben und die Delegierten der Arbeiter- und Unternehmerrorganisationen umschließt.

Der Zweck dieser Konferenz soll sein, durch fortschreitende Verträge die internationale Arbeitergesetzgebung zu entwickeln. Sie hat aus sich heraus eine Kommission oder einen Schlichter zu bilden, vor dem alle sich erhebbenden Streitigkeiten zwischen den Vertragsmächten über die Anwendung des Übereinkommens zu bringen sind. Der Tag des Inkrafttretens dieser internationalen Konferenz ist durch den Friedensvertrag zu bestimmen und muß spätestens innerhalb von sechs Monaten nach seiner Unterzeichnung bestimmt sein. In dieser ersten Sitzung der Konferenz sind die unter A 2 erwähnten Reformen zu prüfen und die Organisation und Arbeitsweise in jedem der Vertragsstaaten durch eine Arbeitsinspektion zu sichern. Es wird ein internationales Arbeitsbureau geschaffen, dessen Stellen von den Vertragsmächten und

